



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe März 2019

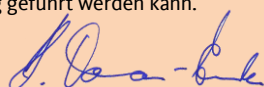
EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Plenarwoche war ganz wesentlich von Themen aus den Bereichen Agrar, Ernährung und Tierschutz getragen. Hier hat Niedersachsen aufgrund seiner Strukturen eine besondere Betroffenheit und natürlich auch Verantwortung. Breite gesellschaftliche Schichten erwarten gerade in den Bereichen Tierschutz, Klimaschutz oder auch Umweltschutz – Sicherung eines qualitativ hochwertigen Trinkwassers – besondere Anstrengungen seitens der Politik, hier zu elementaren Verbesserungen zu kommen. Das ist legitim, gut und richtig. Aber: „Wir dürfen die Agrar- und Ernährungswirtschaft in Bezug auf diesen Anpassungsprozess, was das Tempo und die Quantität der Maßnahmen angeht, nicht überfordern.“

Es handelt sich - nach der Fahrzeugindustrie - um den zweitwichtigsten Wirtschaftszweig in Niedersachsen. Jeder zehnte Arbeitsplatz ist dieser Branche direkt oder indirekt zuzuordnen. Dies ist eine Botschaft, welche wir auch unseren politischen Akteuren in Berlin deutlich aufzeigen müssen. Deshalb werden wir am kommenden Dienstag eine bemerkenswerte Fraktionssondersitzung mit Berliner Kollegen haben. Wir erwarten die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und den agrarpolitischen Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, sowie den Staatssekretär aus dem BMEL. Alle drei sind Niedersachsen bzw. gebürtig aus Niedersachsen. Hoffen wir gemeinsam, dass dieses „niedersächsisch, patriotische Treffen“ zu einem Erfolg geführt werden kann.



Teilnehmer des aktuellen Meisterlehrganges werben für frisches Obst aus Niedersachsen

Hannover. Eine schöne Überraschung zu Beginn des Plenartages: vier Äpfel verschiedener Sorten aus dem Alten Land in einem Pappträger fand jeder niedersächsische Landtagsabgeordnete zu Sitzungsbeginn auf seinem Platz im Plenarsaal in Hannover vor. Diese „Apfelmix-Box“ stammt von den jungen Obstbaumeistern Christian Maack aus Hamburg-Neuenfelde und Jonas Cohrs aus Bliedersdorf/Rutenbeck, die auf Einladung des Abgeordneten Helmut Dammann-Tamke den Niedersächsischen Landtag besuchten. Entdeckt hatte Dammann-Tamke die beiden auf den Norddeutschen Obstbautagen Anfang des Jahres in Jork. Hier hatten die Absolventen der Fachschule Obstbau die Box vorgestellt.

„Die Boxen mit je einem Apfel der Sorten Gala, Elstar, Jonagold und Wellant sollen die Qualität, die Vielfalt und die hohen Standards der regionalen Produkte unterstreichen, denn die großen deutschen Apfelregionen im Alten Land und am Bodensee leiden seit Jahren unter Preisdruck vor allem osteuropäischer Importeure“, so Christian Maack. „Wir müssen versuchen, mit regionaler Qualität zu punkten“. Bisher ist die knackige „Apfelmix-Box“ aber nur ein Prototyp für eine zeitgemäße regionale Vermarktung. Im Handel gibt es die Box noch nicht.



Wulf: Sagen Mobilfunklöchern in Niedersachsen den Kampf an

Hannover. „Verbindungsabbrüche beim Mobilfunk in der Fläche, gerade entlang der Autobahnen und Bahnlinien, kein schnelles Internet beim Mobilfunk in der Fläche. Dies nehmen wir nicht länger hin. Wir sagen den Funklöchern den Kampf an und werden diesen Zustand ändern“, erklärte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Mareike Wulf in der aktuellen Stunde im Landtag über den Mobilfunkausbau. Nur mit einer flächendeckenden Versorgung könne Niedersachsen zu einem zukunftsorientierten und wettbewerbsfähigen Standort werden.



„Nicht nur Länder wie Japan oder Südkorea sind uns bei der Mobilfunkversorgung weit voraus. Auch Estland und Malta haben uns um Längen überholt. Das kann und wird nicht unser Anspruch sein“, so Wulf. Sie sei Wirtschaftsminister Bernd Althusmann dankbar, dass er das Thema im Schwerpunkt angehe.

In einem ersten Schritt konnten die Niedersachsen in einer landesweiten Aktion „ihre“ Funklöcher melden. Dabei wurden mehr als 3000 gemeldet und 100 Cluster in Niedersachsen identifiziert, die ohne Netzabdeckung sind.

„Wir entwickeln unser Mobilfunknetz weiter. Ende 2018 wurden 120 Mobilfunkstationen in Niedersachsen um LTE erweitert, von Januar 2019 bis heute wurden weitere 234 erweitert und 21 komplett neu gebaut. Bis Ende des Jahres sollen 1000 Mobilfunkstationen erweitert oder neu gebaut werden“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Bis 2021 werde 4G als flächendeckender Standard in Niedersachsen eingeführt sein.

„Wir holen jetzt nach, was jahrelang stiefmütterlich behandelt wurde und bringen Niedersachsen bei der Mobilfunkversorgung wieder nach vorn“, so Wulf.

Lechner: Guter Tag für Demokratie in Niedersachsen – Landtag schafft pauschalen Wahlausschluss von Menschen mit Behinderungen ab

Hannover. Mit großer Mehrheit hat der Niedersächsische Landtag heute den pauschalen Wahlausschluss von etwa 10.000 Menschen mit Behinderungen abgeschafft. Von der vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Wahlrechtsreform profitieren Personen, die in allen Angelegenheiten betreut werden oder aufgrund einer im Zustand der Schuldunfähigkeit begangenen Straftat in eine psychiatrische Klinik verbracht wurden. Künftig muss ein Gericht im Einzelfall prüfen, ob die Betreuung oder Überweisung in eine Klinik den Wahlausschluss rechtfertigen.

„Wählen zu dürfen ist das vornehmste Recht unserer Bürgerinnen und Bürger. Jeder Staatsbürger muss sein Wahlrecht in gleicher Weise ausüben dürfen“, sagt der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Lechner. „Viele betroffene Bürger sind absolut in der Lage, am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilzunehmen. Deswegen ist heute ein guter Tag für unsere Demokratie in Niedersachsen und für all die Menschen, die nun ein Wahlrecht bekommen.“



Es müsse allerdings sichergestellt werden, dass die Menschen ihr Wahlrecht auch selbst ausüben, und nicht deren Betreuer oder andere Dritte, so Lechner: „Klar ist, dass die allermeisten Betreuer sehr verantwortungsvoll sind und den Bereich der Wahlassistenz nicht überschreiten werden. Um aber eine abschreckende Wirkung zu erzielen, sollte das Strafrecht im Rahmen einer Reform auf Bundesebene angepasst werden.“

Bäumer: Regierungskoalition beschließt Zweckentfremdungsgesetz – CDU setzt auf weitere Instrumente beim Wohnungsbau



Hannover. In abschließender Beratung haben CDU und SPD nun ein Zweckentfremdungsgesetz für Wohnraum verabschiedet. Dieses ermöglicht es den Kommunen, den weiteren Entzug von Wohnraum für gewerbliche Zwecke zu verhindern, sofern ihnen das nicht auf andere Weise mit vertretbaren Mitteln gelingt. Eine entsprechende Satzung ist von den Kommunen auf fünf Jahre zu befristen.

„Das Zweckentfremdungsverbot ist ein kleiner Baustein unserer Wohnungspolitik. Gerade auf den niedersächsischen Inseln oder in Ballungsgebieten kann das Gesetz dazu beitragen, die Situation zu

verbessern“, sagt der baupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer. „Uns ist jedoch klar, dass es darüber hinaus gehender Instrumente bedarf, um den Wohnungsmarkt weiter zu entspannen. Diese sind in Arbeit: Wir stellen in wenigen Wochen das Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Wir überprüfen die Niedersächsische Bauordnung, wo bürokratische Formulierungen den privaten Wohnungsbau unnötig behindern. Und die Kommunen weisen neues Bauland aus, was den Druck auf bestehende Wohnungen abmildern wird“, so Bäumer abschließend.

Fredemann: DSGVO-Auflagen für kleine Vereine reduzieren – Kritik an Landesbeauftragter für Datenschutz

Hannover. CDU und SPD wollen kleine und mittlere Vereine in Niedersachsen beim Datenschutz entlasten und hierfür auch Änderungen auf Bundes- und EU-Ebene erwirken. In abschließender Beratung haben die Fraktionen die Landesregierung heute aufgefordert, ehrenamtlich geführte Vereine von der Verpflichtung zu befreien, Verarbeitungsverzeichnisse zu führen und einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Ebenfalls soll das Innenministerium prüfen, ob bei unbeabsichtigten Verstößen von einer Haftung abgesehen werden kann.



„Die Anhörung im Ausschuss hat noch einmal bestätigt, wie sehr die Anforderungen die Ehrenamtlichen belasten und wie schwierig es ist, überhaupt noch engagierte Vorstandsmitglieder und Abteilungsleiter zu gewinnen“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Fredemann. Gerade kleine und mittelgroße Vereine hätten schon seit langer Zeit Personalprobleme, die sich weiter verschärfen könnten.

Kritik übt der Innenpolitiker an der Haltung der Landesdatenschutzbeauftragten: „Wenn man die Probleme der Vereine kleinredet und sich darauf zurückzieht, dass das Recht eben für alle gilt, dann ärgert mich das. Das mag juristisch richtig sein. Doch dass die Datenschutzbeauftragte nicht einmal bereit ist, nach Lösungen zu suchen, ist nicht in Ordnung. Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit sieht anders aus.“

Nacke: Zensur oder Overblocking wird es in Deutschland nicht geben

Hannover. „Soziale Medien sind für die Menschen ein alltäglicher Kommunikationsweg, die Google-Suche eine ständige Informationsquelle. Die Geschwindigkeit, mit der Veränderungen und neue Technologien in der digitalen Welt den Weg in Alltag finden, ist atemberaubend“, stellte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, in der Plenardebatte zum Thema „Urheberrecht schützen – Upload-Filter verhindern“ fest.

„Die rechtliche Normierung der dieser Bereiche hält aber mit der Entwicklung nicht Schritt. In der analogen und der digitalen Welt müssen aber die gleichen Regeln gelten. Bei Bedarf müssen die Regeln, zum Beispiel beim



Urheberrecht, angepasst werden“, so Nacke. Niemand wolle, dass Straftaten wie Drogen- und Menschenhandel oder Pädophilie im Internet ermöglicht würden. „Aber auch das Urheberrecht muss im Internet durchgesetzt werden. Auch, wenn es durch Proteste eine besondere Aufmerksamkeit erfahren hat. Ich betone ausdrücklich, dass ich es gut finde, wenn Nutzer sich über Demonstrationen, Emailaktionen oder ähnlichem in den Willensbildungsprozess einbringen“, so der Parlamentarische Geschäftsführer. „Künstler, Autoren und Interpreten schaffen Werke und haben das Recht zu bestimmen, wie dieses verbreitet und genutzt wird. Insbesondere dann, wenn es um die Vermarktung geht“, so Nacke. Es könne daher nicht sein, dass Plattformen damit Geld verdienen, ohne die Eigentümer vernünftig zu entlohnen.

„Es gibt bereits heute zahlreiche Geschäftsmodelle, z.B. Streaming-Dienste oder Bezahlmodelle von Verlagshäusern, die dies ohne Upload-Filter gewährleisten. Daher ist die Behauptung, große Unternehmen könnten das neue Urheberrecht nur mit Upload-Filtern durchsetzen, nicht zutreffend“, erläuterte der Medienpolitiker. Die EU-Richtlinie setze den Rahmen für die nationale Gesetzgebung, die nun folgen wird.

„Das Internet hat unser aller Leben verändert, ein rechtsfreier Raum ist es nicht. Es wird aber auch keine Zensur oder Overblocking in Deutschland geben“, so Nacke abschließend.

Thiele: Guter Tag für Niedersachsen – Verschuldungsverbot wird in Landesverfassung aufgenommen

Hannover. „Heute ist ein guter Tag für Niedersachsen. Die CDU-Fraktion hatte in den vergangenen Wahlperioden mehrfach entsprechende Initiativen gestartet, die aber nie eine Zwei-Drittel-Mehrheit fanden. Jetzt liegt endlich ein Gesetzentwurf vor, mit dem das Verschuldungsverbot erfolgreich in die Landesverfassung und die Landeshaushaltsordnung aufgenommen wird. Darauf hat die CDU-Landtagsfraktion lange gedrängt, aber auch warten müssen“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele in der Landtagsdebatte zur Schuldenbremse.

„Die jetzige Koalition aus CDU und SPD hat erneut einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme und im Kabinett eine Mittelfristige Finanzplanung ohne strukturelles Defizit beschlossen. Damit ist der Weg für die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung frei“, so Thiele. Für die Einbringung des Gesetzentwurfes durch Finanzminister Reinhold Hilbers sei die Fraktion der CDU dankbar. „Dies ist ein gutes Gesetz. Damit verankern wir faktisch den Schuldenstopp in der Landesverfassung.“



„Die Schuldenbegrenzung hält nicht nur die Belastung aktueller und zukünftiger Generationen im Rahmen und schafft so ein weiteres Stück der Generationengerechtigkeit, sie zwingt auch zur Beachtung der Haushaltsgrundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“, so der Haushaltsexperte.

Die Schuldenbremse wirke sich auch nicht zu Lasten der Kommunen aus, da die Gleichwertigkeit der Landes- und kommunalen Aufgaben durch die Einführung eines neuen Satzes in Artikel 58 der niedersächsischen Verfassung ausdrücklich festgestellt werde. „Daher ist es richtig, dass bei der Aufteilung der Einnahmen die Aufgabenerfüllung der Kommunen nicht der Aufgabenerfüllung des Landes untergeordnet wird. Sie darf ihr aber auch nicht übergeordnet werden“, so Thiele.

TERMINE KAI SEEFRIED

30. März 10.00 Uhr
Niedersachsentag der Jungen Union
in Wolfsburg

1. April 11.30 Uhr
Woche der Beruflichen Bildung mit
Besuch der BBS Stade

2. April 18.00 Uhr
Landsausschuss der CDU in
Niedersachsen in Hannover

3. April 19.30 Uhr
Kreisvorstandssitzung CDU
Kreisverband Stade

5. April 18.30 Uhr
Stader Zukunftsforum Landwirt-
schaft und Verbraucherschutz in
Stade-Bützflethermoor

9. April 15.00 Uhr
Treffen der Senioren Union
Drochtersen

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

30. März 15.30 Uhr
Siegerehrung Berufswettbewerb
2019 in Nienburg

3. April 10.00 Uhr
Vortragstagung Deutscher Verband
Tiernahrung eV- RG Nord in Großen-
kneten

4. April 19.00 Uhr
Podiumsdiskussion – Die EU und die
Landwirtschaft in Stade

5. April 18.30 Uhr
Stader Zukunftsforum Landwirt-
schaft und Verbraucherschutz in
Stade-Bützflethermoor

11. April 19.00 Uhr
CDU-Loxstedt Veranstaltung
Grundwasser und Landwirtschaft in
Loxstedt

12. April 18.30 Uhr
Feldabend Innovativer Pflanzen-
bau in Issendorf

*Die hier dargestellten Termine sind nur
eine kleine Auswahl der Termine der
beiden Landtagsabgeordneten.*

Meyer: Landrat Tjark Bartels trägt politische Verantwortung im Fall Lügde

„Die Vorgänge im Jugendamt des Kreises Hameln-Pyrmont haben ein schwerwiegendes Organisationsversagen offenbart, für das Landrat Tjark Bartels die politische Verantwortung trägt. Die aktuelle Unterrichtung hat gezeigt, dass er weder die internen Abläufe seiner ihm unterstellten Behörde gekannt noch ausreichend unternommen hat, die Mitarbeiter für das frühzeitige Erkennen von Pädophilie zu sensibilisieren. Dass darüber hinaus dringend erforderliche Kontrollmechanismen wie das Vier-Augen-Prinzip mutwillig unterlaufen worden sind, ist ein handfester Skandal.“

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:
Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Kontakt
E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 5186-11

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:
www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de